

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7 gelbdruckte Kolonelle oder deren Raum 2.50 M., bei Plavordruck 3.— M.; Familiennachrichten, die 7 gelbdruckte Seite 2.— M., **Klame-Kolonelle** 10.— M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

Berlin, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Auf dem Festabend der am Sonntag stattgefundenen Pressekonferenz hielt der Reichskanzler Dr. Brüning eine politische Rede. Er sagte, die Aufgabe, die sich Reichsregierung und Landesregierungen gestellt haben, sei, wie kommen wir über den Winter hinweg. Das sei vielleicht nicht Politik auf lange Sicht, Politik auf lange Sicht aber sei nicht allein von uns abhängig, sie ist abhängig von der gesamten Weltlage und von jener Erkenntnis internationaler Art, daß mit politischem Druck, daß mit Ultimatum, mit Sanktionen die Weltwirtschaft nicht saniert werden kann. Das Hinwegkommen über den Winter, wie über die großen außenpolitischen Probleme erfordert eine verantwortungsbewusste Mitarbeit aller Schichten des Volkes, und wenn der Tag da sei, wo große Entscheidungen reifen, wo man sich entschließen muß, diesen oder jenen Weg zu gehen, sei es die Aufgabe gerade der deutschen Presse, allen politischen Faktoren und insbesondere den politischen Parteien beizubringen, daß das Weltwärts-in-die-Wüste-Schlagen keine Politik bedeutet. Wollen wir über den Winter hinwegkommen, so ist die verantwortungsvolle Mitarbeit aller positiven Kräfte unseres Volkes mit der Regierung in einem Maße nötig, wie kaum jemals zuvor. Wollen wir auswärtige Politik machen, wollen wir insbesondere das größte aller Probleme, das Reparationsproblem, das kein deutsches Problem allein ist, sondern ein Weltwirtschaftsproblem, den Völkern näher bringen, so müssen wir in Deutschland jeden politischen Wirrwarr zu einer Unmöglichkeit machen.

Später sagte der Reichskanzler: Wir marschieren die Richtung, die wir seit dem 10. Mai eingeschlagen und für die ich die Verantwortung trage, weiter. Es ist mühseliges Gerede, etwa zu sagen, hier steht der Kanzler der Erfüllung. Will man ein solches Schlagwort in seinem ganzen Unwert erkennen, so muß man einmal zur Negation übergehen und ich frage Sie, wie muß eine Regierung der Nichterfüllung, der Nichtleistung, des reinen Protestes sich in der Welt bewegen, damit schließlich die Einheit Deutschlands, die unser höchstes Gut ist, nicht in Gefahr kommt? Es wäre reizvoll, gerade in dieser Stunde unsere Blicke zu lenken, sowohl über das große Wasser, als auch über den Kanal. Die Erörterung großer Probleme ist im Gange. Mit Absicht haben wir eine von weiten Kreisen verlangte Polemik zurückgestellt. Ich verlage es mir deshalb heute, manche Probleme zu berühren, die unsere Herzen bewegen. Große Entscheidungen können an uns herantreten. Wir haben den Weg ehrlicher, aufrichtiger Verständigung nicht erst seit gestern betreten, wir sind auch heute noch willens, die schweren, uns auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, in den nächsten Tagen verfolgen. Aber die Entscheidung darüber, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen Topf der Reparationen, daß ist ein Topf, ohne Boden, ihr Geld hineinzustücken, liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie- und Bankwelt, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Wir müssen deshalb mit Geduld der Entwicklung der kommenden Wochen entgegensehen. Wirth fragt, ob es nicht möglich sei, in alle Kreise den Gedanken hineinzutragen, daß gerade jetzt eine gewisse Zurückhaltung nötig wäre.

Schließlich bittet der Reichskanzler die Presse, den großen Problemen der Wirtschaft, die die Völkerverständigung zur Voraussetzung haben, die Spalten der Zeitung öffnen zu wollen. Die größte politische Tatkraft muß jetzt an die baldige Verabschiedung der Steuererleichterung gesetzt werden. Manche Kompromisse werden nötig sein, aber ohne deutlich sichtbare Opfer des Volkes wird eine innerpolitische Klärung und die Verabschiedung dieser Gesetze ein Ding der Unmöglichkeit sein. Es wird eine harte Arbeit sein, gerade in den nächsten Tagen. Ein Ziel sollte jeder im Auge haben, daß nicht das Zufallbringen dieser Steuererleichterung dem deutschen Volke nützen, sondern der feste Wille, unser inneres Budget, soweit es den ordentlichen Haushalt und den Haushalt der Betriebsverwaltungen umfaßt, in ein solches Gleichgewicht zu bringen, daß niemand in der Welt an unserem ernstem Willen und unserer Energie, Ordnung zu schaffen, zweifeln kann.

Keine Amnestie in Bayern.

München, 3. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags wurden heute Einlagen einiger politischer Gefangenen aus Niederschönenfeld und ein Amnestieantrag der USP. behandelt. In der Sitzung bekannten bayerischen Regierungsmänner wurden die Qualereien an den Gefangenen und die Ungefährlichkeiten des Strafzuges in Niederschönenfeld vom Regierungsvertreter zum 1ten Mal abgelehnt und eine Menge Verleumdungen über die politischen

Gefangenen in plumper Weise vorgebracht. Unter anderem wurde eine Holzleule, die für eine Theateraufführung angefertigt und verwendet worden war, vom Regierungsvertreter zum Totschlagswerkzeug umgelogen und den Gefangenen Mordabsichten gegen die Kasseher und die Festungsverwaltung untergeschoben, während in Wirklichkeit nach dem Zeugnis des früheren Justizministers Müller-Meinungen während des Kapp-Putsch der Plan bestand, die Festungsgefangenen zu ermorden. Müller-Meinungen hat selbst zugegeben, daß er die Gefangenen vor diesen Mordabsichten habe schützen müssen. Der Ausschuß lehnte den Amnestieantrag und die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Niederschönenfeld ab, beschloß aber, daß die Regierung das ihr vorliegende Material über Niederschönenfeld veröffentlichen solle. Das heißt so viel: der Landtag beauftragt die bayerische Regierung, einen Verleumdungsfeldzug gegen die politischen Gefangenen in Niederschönenfeld zu initiieren, um damit die von der Festungsverwaltung gegen die Gefangenen geübten Brutalitäten zu verfeinern.

Bayern, die deutsche „Ordnungszelle“.

München, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Bayerische Königsbote schreibt in seinem Leitartikel in Nummer 49 u. a.: „Ein Bayern, daß sich die übermütigen und übermächtigen Berliner Einmischungen verbietet und von sich fernhält, kann eine Ordnungszelle sein in dem von der Ordnung noch weit entfernten Gesamtdeutschland. Je mehr das Bayerntum sich bewährt, desto besser hält es weltrevolutionäre Drohungen und eventuelle Gewalt von sich fern. Hat es sein Haus Mittelsach, sein angekommenes, durch 141 Jahre mit ihm verwachsenes, durch gesellschaftliche Volkswahl wieder auf den Thron gesetzt, dann hat es einen Faktor mehr und einen sehr wichtigen für seine deutsche, und damit europäische Stellung.“

Eine syndikalistisch-kommunistische Aktion in Düsseldorf.

Düsseldorf, 4. Dezember. (WTB.) Nachdem am Freitag nachmittag der Streik in der Düsseldorfer Metallindustrie beendet worden ist, ist der größte Teil der Arbeiter wieder in die Fabriken gegangen. Sonnabendnachmittag drangen große Trupps von verschiedenen Leuten, unter denen sich auch Russen und Polen befanden in den Betrieb der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie in Oberbilk ein. Der Belegschaft des Wertes gelang es, die Eindringlinge wieder zu vertreiben. Später wurden die Ausschreitungen planmäßig fortgesetzt. Größere Trupps drangen zwangsam in verschiedene Betriebe ein, um in einigen Fällen die Feuer unter den Rießeln herauszureißen, in andern Fällen die Kabel oder die Wasserleitungen zu unterbrechen und andre Störungen zu verursachen. Durch die Ausschreitungen sind folgende große Werte abermals stillgelegt worden: Oberbilk'sches Stahlwerk, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, Handel u. Lueg, Hohenzollern, Lohenhäusen und Delta-Metallwerk. In einer Besprechung zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsführern über diese Ausschreitungen wurde das Vorgehen der Friedensstörer scharf verurteilt. Die Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, in Zukunft derartige Behinderungen durch Selbstschutz unmöglich zu machen.

Wie von anderer Seite berichtet wird, sind es syndikalistische und kommunistische Elemente, die versuchen, mit diesen Mitteln die Fortsetzung des Streiks zu erzwängen.

Geplanter Wahlrechtsraub in Ungarn.

UK. Das Mandat der ungarischen Nationalversammlung, die bekanntlich nach dem Sturze der Kábelkatur gewählt wurde läuft im Februar 1922 ab. Die gänzlich zerfallene innerpolitische Situation läßt aber eine sofortige Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zu einem früheren Zeitpunkt möglich erscheinen. Die Regierung hat die Absicht die Neuwahlen nicht auf Grund des seit der Oktoberrevolution in Geltung befindlichen allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes stattfinden zu lassen, sondern hält bereits einen neuen Wahlrechtsentwurf bereit, der wesentliche Einschränkungen vorsieht. Das Stimmrecht der Frauen soll nach dem Bildungsgrade abgestuft werden, beim Stimmrecht der Männer sind Einschränkungen in Bezug auf das Alter, die Dauer der Ehe, die Arbeitslosigkeit usw. vorgesehen. Noch weitergehende Einschränkungen, die die Regierung plante, so z. B. die Öffentlichkeit der Wahl, sind an dem Widerstand der Opposition und der kleinen Landwirte gescheitert. Außerdem soll wie bereits früher gemeldet ein Oberhaus geschaffen werden, das zum Teil durch Ernennungen durch das Staatsoberhaupt, zum Teil durch berufsbündische Wahlen zustande kommen soll.

Festgefahren.

Näher und näher rückt der Termin, an dem Deutschland die nächste Ratenzahlung an die Entente zu leisten hat, und es hat dazu kein Geld. Es hat nicht einmal welches, um die dringendsten Ausgaben im Innern des Reiches zu decken. Gemeinden und Länder kommen immer mehr in den Zustand, wo sie erklären müssen, jetzt können wir nicht weiter. Die Reichsregierung macht indes verzweifelte Versuche, Kredit zu erlangen, sei es im Ausland, sei es in Deutschland selbst. Aber die, die Mittel haben, weigern sich, aus innen- und außenpolitischen Gründen, sie dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Aus innenpolitischen Gründen weigern sich die Vertreter des Großkapitals, weil ihnen die Regierung noch zu demokratisch und nicht sicher genug ist. Aus außenpolitischen Gründen weigern sie sich, weil sie nicht zahlen wollen, damit der Nachweis geführt werde, daß Deutschland nicht zahlen kann und ihre bisherige Kriegspolitik und Nachkriegspolitik richtig ist. Die ausländischen Kapitalisten und ihre Beauftragten, die Regierungen kennen ihre deutschen Pappenhelmer sehr genau, darum wird in der Rolle der Entente gefordert, daß die deutsche Regierung unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Gesundung der Finanzlage ergreife. Man droht ja auch mit einer Finanzaufsichtskommission, was den deutschen Kapitalistenvertretern wieder Anlaß gibt, in nationalstischer Hitze zu machen. Das Reich soll nun endlich die Steuerbrückeberger kräftig heranziehen und den Gang der Notenpresse verlangsamten kann die Regierung das und will sie das? Das sind die beiden Fragen, die es zu prüfen gilt. Ein reichhaltiges Material liegt vor, um beide Fragen befriedigend zu klären. Auf dem von der Regierung jetzt eingeschlagenem Wege ist es unmöglich, auch nur die Mittel für die nächsten Ratenzahlungen zu schaffen. Nun ist sie auf den Ausweg verfallen, eine aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Bankwelt zusammengesetzte Kommission zu bilden und sie mit der Prüfung der schleunigen Kreditbeschaffung zu betrauen. Die Beratungen finden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers statt. An ihnen nehmen auch die Vertreter der zuständigen Ressorts teil. Nun sind aber die Sendboten des deutschen Kapitals schon seit langer Zeit im Auslande tätig, Rathenau ist gegenwärtig noch in London und wird, wie die neuesten Meldungen sagen, am heutigen Montag zurückkehren, aber alle ihre Anstrengungen, Kredit für Deutschland zu verschaffen, sind bis jetzt gescheitert. In dieser Kommission sitzen nun aber gerade die Leute, die der Regierung bisher die größten Schwierigkeiten auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gemacht haben. Und es mutet deshalb wie Ironie an, wenn der Reichskanzler jetzt diese selben Leute zur Rettung der Regierung zu Hilfe ruft. Mit diesem Schritte der Regierung ist ihre Kapitulation vor dem Kapitalismus vollzogen, und es heißt deshalb für die Arbeiterschaft: Augen auf! Die Kapitalisten haben ihr Ziel, die Regierung in die Hand zu bekommen, erreicht. Ganz ziel- und planmäßig sind sie vorgegangen. Man braucht sich die Vorgänge aus den letzten paar Monaten nur vor Augen zu führen, um das Gesagte bestätigt zu finden. Die Mittelbeschaffung zur Zahlung der Goldmilliarde für Ende August wurde der Reichsregierung so schwer gemacht, und kostete das Reich so ungeheure Summen, weil die deutschen Spekulanten der Regierung die Devisen vor der Nase wegpauften und die Kurse ungeheuer in die Höhe trieben, so daß Wirth dieses schamlose Treiben in einer Rede anfangs September als förmlichen Landesverrat geißelte. Die Betroffenen heulten auf, und ihre dienstwillige Presse unterstützte sie auf das eifrigste in dem nun einsetzenden persönlichen Kampf gegen Wirth. Nicht der Sache, wohl aber der Form nach gab Wirth etwas nach; er sagte, er habe nicht die Banken, sondern die Spekulationswut des Volkes treffen wollen. Wegen die Nordpolitik, die die rechtsstehenden Parteien im letzten Jahre ja besonders eifrig treiben, entstand jene mächtige Bewegung gegen die Reaktion, die bei dem Abwehrkampf gegen diese Nordpolitik nicht stehen blieb, sondern darüber hinaus ein finanzielles Programm aufstellte, worin als besonderer Hauptpunkt die Erfassung der Goldwerke figurierter. Auch die Regierung, oder wenigstens der größte Teil von ihr, bekannte sich zu diesem Programm. Da waren es die Demokraten, die sich schon immer schüchtern vor dem Geldsack gestellt haben, die die Regierung sprengten. Nebenher ging freilich auch die Frage von Oberschleffen. Wer aber die demokratische Presse damals aufmerksam las, dem war klar, daß es den Demokraten mehr um den Schutz des Kapitals als um Oberschleffen zu tun war. Die Kapitalistengruppen selber waren über diese einheitliche Front und den kleinen Ruf der Regierung nach links unsicher geworden, und uneigennützig wie das Kapital immer ist, boten sie der Regierung Kredithilfe an. Dieses Angebot wandelte sich dann aber sehr bald dahin um, daß die Kapitalisten erklärten, sie wollten der Regierung Kredit im Auslande verschaffen, und kurze Zeit darauf wurde aus diesem Angebot das frechste Verlangen, das je eine Kapitalistenschicht an eine Regierung gestellt hat: Die